

Inhaltsübersicht

Vorwort.....	VII
Inhaltsverzeichnis.....	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXIII

Teil 1: Einführung	1
--------------------------	---

A. <i>Forschungsstand</i>	2
---------------------------------	---

B. <i>Methodische Grundlagen</i>	6
--	---

C. <i>Gang und Ziel der Untersuchung</i>	10
--	----

Teil 2: Das Mehrheitsprinzip als Grundsatz der Demokratie.....	13
--	----

A. <i>Die Legitimationsfunktion der Wahl als Verwirklichung des Mehrheitsprinzips</i>	14
---	----

B. <i>Die Repräsentationsfunktion der Wahl als Ausdruck der Wahlrechtsgrundsätze</i>	88
--	----

C. <i>Fazit: Absolute Mehrheit als demokratischer Grundsatz</i>	184
---	-----

Teil 3: Das Mehrheitsprinzip als Optimierungsgebot für die Wahlrechtsgestaltung	185
---	-----

A. <i>Die Integrationsfunktion der Wahl zwischen Vielfalt und Einheit</i>	187
---	-----

B. <i>Der verfassungsrechtliche Rahmen des gesetzgeberischen Abwägungsvorganges</i>	217
---	-----

<i>C. Konkrete Einschränkungen der Wahlrechtsprinzipien im Parlamentswahlrecht</i>	239
<i>D. Das Mehrheitsprinzip als maßgeblicher Wahlrechtsgrundsatz</i>	312
<i>E. Fazit: Mehrheitsprinzip als wahlrechtliches Optimierungsgebot.....</i>	322
Teil 4: Das Mehrheitsprinzip in der Direktwahl kommunaler Hauptverwaltungsbeamter.....	325
<i>A. Rechtfertigungsgründe für eine einstufige Mehrheitswahl.....</i>	326
<i>B. Verfassungsrechtliche Beurteilung der mehrstufigen Wahlverfahren</i>	395
<i>C. Fazit: Erfordernis einer echten Mehrstufigkeit des Wahlverfahrens.....</i>	424
Teil 5: Schlussbetrachtung	425
<i>A. Resümee</i>	425
<i>B. Zusammenfassung in Thesen</i>	427
Literaturverzeichnis.....	431
Personen- und Sachverzeichnis.....	447

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Teil 1: Einführung	1
A. <i>Forschungsstand</i>	2
B. <i>Methodische Grundlagen</i>	6
C. <i>Gang und Ziel der Untersuchung</i>	10
Teil 2: Das Mehrheitsprinzip als Grundsatz der Demokratie.....	13
A. <i>Die Legitimationsfunktion der Wahl als Verwirklichung des Mehrheitsprinzips</i>	14
I. Das Demokratieprinzip des Grundgesetzes und die absolute Mehrheit	17
1. Funktionales Argument – kein praktischer Ersatz für fehlende Einstimmigkeit.....	18
2. Gleichheitsargument als Grundlage des Mehrheitsprinzips	22
3. Freiheitsargument als Konkretisierung des Gleichheitsarguments	25
4. Kompromissargument statt Vernunftargument als Ergänzung ...	29
5. Verfahrensargument als Bestätigung.....	32
6. Ergebnis: Die absolute Mehrheit als demokratische Mehrheit....	36
II. Absolute Mehrheitsentscheidung im Grundgesetz als notwendige Konsequenz	37
1. Die einfache Mehrheit nach Art. 42 Abs. 2 S. 1 GG als demokratischer Grundsatz	39
a) Genese: Art. 42 Abs. 2 GG als traditionelle Abstimmungsregel	39

b)	Enthaltungen als Beitrag zum parlamentarischen Kompromiss	40
c)	Vielzahl von Vorschlägen als Herausforderung der parlamentarischen Mehrheitsbildung	42
d)	Demokratischer Gehalt des einfachen Mehrheitserfordernisses	44
e)	Keine generelle Relativierung durch bereichsspezifische Ausnahmen	47
f)	Zwischenergebnis: Die schlichte absolute Mehrheit als Regelfall des Mehrheitsprinzips	50
2.	Die absolute Mehrheit nach Art. 63 Abs. 2 S. 1 GG als funktionale Qualifizierung	51
a)	Genese: Art. 63 GG als Endpunkt einer demokratischen Entwicklung	52
b)	Die Kanzlermehrheit als Ziel des gestuften Wahlverfahrens	53
c)	Demokratischer Gehalt des absoluten Mehrheitserfordernisses	56
d)	Relative Mehrheit als funktional begründeter Notfallmechanismus	59
e)	Stimmengleichheit als Herausforderung der relativen Mehrheit	63
f)	Ablehnende Mehrheit gegenüber dem einzigen Kandidaten als demokratisches Dilemma	66
g)	Zwischenergebnis: Absolute Mehrheit im Spannungsfeld von Theorie und Praxis	74
3.	Die absolute Mehrheit nach Art. 54 Abs. 6 S. 1 GG als symbolische Qualifizierung	75
a)	Genese: Art. 54 GG zwischen demokratischer Erneuerung und Kontinuität	76
b)	Der demokratische Gehalt des absoluten Mehrheitserfordernisses	78
c)	Stimmengleichheit und Stimmenminderheit als demokratische Herausforderung	83
d)	Zwischenergebnis: Absolute Mehrheit als Grundsatz bei der Wahl monokratischer Ämter	86
4.	Ergebnis: Die schlichte absolute Mehrheit als verfassungsrechtliches Grundmodell	86
III.	Fazit: Streben nach absoluter Mehrheit als Bestandteil des Demokratieprinzips	87
B.	<i>Die Repräsentationsfunktion der Wahl als Ausdruck der Wahlrechtsgrundsätze</i>	88

I.	Vorbemerkungen: Allgemeine Reichweite der Wahlrechtsgrundsätze	90
1.	Sachliche Reichweite der Wahlrechtsgrundsätze im Hinblick auf Direktwahlen	90
a)	Demokratieprinzip als allgemeiner Maßstab für das Wahlrecht.....	90
b)	Differenzierte Betrachtung der einzelnen Gewährleistungsgehalte.....	93
c)	Exkurs: Bindung des verfassungsändernden Gesetzgebers auf Landesebene.....	94
d)	Zwischenergebnis: Dreistufige Differenzierung der Gewährleistungsgehalte.....	96
2.	Inhaltliche Reichweite der Wahlrechtsgrundsätze im Hinblick auf das Wahlsystem	97
a)	Auswirkungen des Wahlsystems in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht	97
b)	Erweiterter Eingriffsbegriß in der Grundrechtsdogmatik als Ausgangspunkt	98
c)	Dogmatik der Wahlrechtsgrundsätze als grundrechtsgleiche Rechte.....	101
d)	Zwischenergebnis: Psychologische Wirkungen als potentielle Eingriffe	104
3.	Ergebnis: Demokratieprinzip als wirklichkeitsorientierter Maßstab für Direktwahlen	104
II.	Unmittelbarkeit: Vorhersehbarkeit der Auswirkung der Wählerstimme	105
1.	Allgemeines Verständnis des Unmittelbarkeitsgrundsatzes.....	105
2.	Verankerung der Vorhersehbarkeit im Demokratieprinzip	108
3.	Anwendung der Vorhersehbarkeit auf die Ausgestaltung der Mehrheitswahl	109
4.	Ergebnis: Wahrung der Vorhersehbarkeit in der relativen Mehrheitswahl	111
III.	Freiheit: Entschließungsfreiheit als Ausdruck der Präferenzaffinität des Wahlrechts.....	111
1.	Allgemeines Verständnis der Wahlfreiheit.....	112
a)	Das klassische Verständnis der Wahlfreiheit	112
b)	Der materielle Gewährleistungsgehalt der Entschließungsfreiheit	114
c)	Beeinträchtigung der Entschließungsfreiheit durch die Sperrklausel	116
d)	Historische Auslegung als Stütze eines solchen Verständnisses der Wahlfreiheit	118

e) Zwischenergebnis: Schutz der Willensbildung auch im Hinblick auf das Wahlverfahren	120
2. Verankerung der Entschließungsfreiheit im Demokratieprinzip	121
a) Volkssovveränität und Entschließungsfreiheit	121
b) Einschränkbarkeit der Entschließungsfreiheit	123
c) Zwischenergebnis: Entschließungsfreiheit als demokratisches Optimierungsgebot	123
3. Anwendung der Entschließungsfreiheit auf die Ausgestaltung der Mehrheitswahl	124
a) Das Dilemma der Wahlentscheidung im Mehrheitswahlsystem	124
b) Verschärfung des Problems im Zuge der Auffächerung des politischen Systems	126
c) Zwischenergebnis: Relative Mehrheitswahl als Verkürzung der Entschließungsfreiheit	128
4. Ergebnis: Beeinträchtigung der Wahlfreiheit durch eine relative Mehrheitswahl	129
IV. Gleichheit: Erfolgswertgleichheit der Wählerpräferenzen	129
1. Allgemeines Verständnis der Wahlgleichheit	130
a) Die grundlegende Differenzierung zwischen Zählwert- und Erfolgswertgleichheit	130
b) Das Missverständnis um die Erfolgschancengleichheit	132
c) Der Topos von der Systemrelativität der Wahlgleichheit	134
d) Auslegung des Grundgesetzes in historischer, systematischer und teleologischer Hinsicht	136
e) Zwischenergebnis: Umfassende Geltung der Erfolgswertgleichheit als materieller Maßstab	145
2. Verankerung der Erfolgswertgleichheit im Demokratieprinzip	146
a) Aussagen der Rechtsprechung und Literatur im Bereich kommunaler Wahlen	147
b) Einschränkbarkeit der im Demokratieprinzip verankerten Erfolgswertgleichheit	149
c) Auslegung des Demokratieprinzips als normative Begründung	150
d) Zwischenergebnis: Erfolgswertgleichheit als Ausprägung demokratischer Grundsätze	154
3. Anwendung der Erfolgswertgleichheit auf die Mehrheitswahl	155
a) Umfang der Erfolgswertgleichheit im Verhältniswahlsystem	155

b)	Erfolgswertgleichheit als Optimierungsgebot für die Mehrheitswahl.....	158
c)	Zwischenergebnis: Relative Mehrheitswahl als Beeinträchtigung der Erfolgswertgleichheit.....	160
4.	Ergebnis: Wahlgleichheit als Rechtfertigungshürde für die relative Mehrheitswahl	160
V.	Chancengleichheit: Erfolgschancengleichheit für vermeintliche Außenseiter	161
1.	Allgemeines Verständnis der wahlrechtlichen Chancengleichheit	161
a)	Klassische Anwendungsbereiche der wahlrechtlichen Chancengleichheit	162
b)	Die getrennte Betrachtung von aktiver und passiver Wahlgleichheit	163
c)	Taktisches Wahlverhalten als Beeinträchtigung der Chancengleichheit	165
d)	Zwischenergebnis: Eigenständiger Gewährleistungsgehalt der Chancengleichheit.....	168
2.	Verankerung der wahlrechtlichen Chancengleichheit im Demokratieprinzip	169
a)	Die „abgestufte Chancengleichheit“ als formelle Relativierung eines materiellen Prinzips.....	169
b)	Differenzierung nach staatlichem und nichtstaatlichem Einfluss	173
c)	Zwischenergebnis: Materielle Chancengleichheit als Ausprägung des Demokratieprinzips	175
3.	Anwendung der Chancengleichheit auf die Mehrheitswahl.....	176
a)	Umfang der Chancengleichheit im Mehrheitswahlsystem.....	176
b)	Auswirkungen der veränderten politischen Landschaft auf die Chancengleichheit	178
c)	Zwischenergebnis: Relative Mehrheitswahl als Beeinträchtigung der Chancengleichheit	181
4.	Fazit: Relative Mehrheitswahl als Verzerrung des demokratischen Wettbewerbs	182
VI.	Fazit: Repräsentation durch unverfälschte Abbildung der Wählerpräferenzen	182
C.	<i>Fazit: Absolute Mehrheit als demokratischer Grundsatz</i>	184

Teil 3: Das Mehrheitsprinzip als Optimierungsgebot für die Wahlrechtsgestaltung	185
A. <i>Die Integrationsfunktion der Wahl zwischen Vielfalt und Einheit.....</i>	187
I. Ursprung der Integrationsfunktion in der Integrationslehre	
Rudolf Smends.....	188
1. Grundlage und Einordnung der Integrationslehre.....	189
2. Integrationswirkung der Wahl durch gemeinsame Teilnahme.....	192
3. Integrationswirkung der Wahl durch vereinheitlichende Mehrheitsbildung.....	193
4. Ergebnis: Integrationsfunktion der Wahl als Beitrag zur Einheit des Staates	195
II. Integrationsfunktion durch Ausschluss.....	196
1. Das Bundesverfassungsgericht und die Integrationslehre im Hinblick auf Sperrklauseln	197
2. Integrationsfunktion und Funktionsfähigkeit der Volksvertretung	199
3. Integrationsfunktion und Kompromissförderung	201
4. Ergebnis: Integrierende Wirkung des kompromissfördernden Ausschlusses	205
III. Integrationsfunktion durch Einbeziehung.....	205
1. Integrationsfunktion durch Abbildung der politischen Vielfalt	205
2. Neupositionierung in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	207
3. Ergebnis: Integrierende Wirkung der materiellen Teilhabe	209
IV. Ambivalentes Integrationsverständnis als zwei Seiten einer Medaille	209
1. Auflösung des scheinbaren Widerspruchs im Integrationsbegriff	210
2. Die verfassungsrechtliche Verankerung der Integrationsfunktion	212
3. Integrationsfunktion der Wahl zwischen Vielfalt und Einheit	214
4. Ergebnis: Integrationsfunktion der Wahl als Konkretisierung des Demokratieprinzips	216
V. Fazit: Integrationsfunktion der Wahl als Ausgleichsfunktion	216
B. <i>Der verfassungsrechtliche Rahmen des gesetzgeberischen Abwägungsvorganges</i>	217

I.	Spannungsverhältnis zwischen verfassungsrechtlicher Bindung und gesetzgeberischem Gestaltungsspielraum	218
1.	Das Erfordernis eines „zwingenden Grundes“	218
2.	Das Erfordernis eines „Rechtsguts von Verfassungsrang“	222
3.	Das Erfordernis der Optimierung der kollektiven Willensäußerung	224
4.	Ergebnis: Pflicht zur Optimierung der Wahlrechtsgrundsätze	226
II.	Spannungsverhältnis von wahlrechtlicher Theorie und Praxis	227
1.	Differenzierte Wirkung der Berücksichtigung tatsächlicher Umstände	227
2.	Wahlrecht zwischen theoretischen Annahmen und tatsächlichen Umständen	228
3.	Aktualisierung der verfassungsrechtlichen Beurteilung	230
4.	Ergebnis: Berücksichtigung hinreichend wahrscheinlicher Umstände	231
III.	Spannungsverhältnis zwischen politischer Prognose und rechtlicher Kontrolle	231
1.	Das Wahlrecht als „Entscheidung in eigener Sache“	232
2.	Verfassungsrechtliches Gebot einer „strikten verfassungsgerichtlichen Kontrolle“	234
3.	Ausgestaltung dieser strengen Kontrollpflicht	236
4.	Ergebnis: Ermittlungs- und Begründungspflicht als Korrelat des Prognosespielraums	238
IV.	Fazit: Aktualisierung eines wirklichkeitsbezogenen Abwägungsvorgangs	238
C.	<i>Konkrete Einschränkungen der Wahlrechtsprinzipien im Parlamentswahlrecht</i>	239
I.	Sperrklausel und ihre Ausnahmen als bekannter Streitpunkt	240
1.	Fünf-Prozent-Hürde zur Sicherung einer funktionsfähigen Regierung	240
a)	Intensität des Eingriffs in die Wahlrechtsprinzipien	240
b)	Entstehungsgeschichte als einschränkender Ausgangspunkt	243
c)	Teleologische Auslegung als Berücksichtigung der tatsächlichen Wirkungsweise	250
d)	Systematische Auslegung als Anerkennung prinzipieller Erforderlichkeit	255
e)	Berücksichtigung der politischen Realität in der Angemessenheitsprüfung	258

f) Zwischenergebnis: Absenkung der Sperrklausel als Konsequenz der politischen Realität.....	260
2. Unzulässige Rückausnahmen als eigenständiger Gleichheitsverstoß	261
a) Eingriffsqualität der Grundmandatsklausel.....	262
b) Rechtfertigung als alternative Zugangshürde.....	263
c) Rechtfertigung als Ausnahme von der Sperrklausel.....	265
d) Zwischenergebnis: Folgerichtigkeit der Abschaffung der Grundmandatsklausel	266
3. Ergebnis: Begrenzte Zulässigkeit der Sperrklausel	267
II. Relative Mehrheitswahl im Wahlkreis als Besonderheit des „personalisierten Verhältniswahlrechts“.....	267
1. Wahlkreisentscheidung als unbedeutender Teil des Bundestagswahlrechts.....	267
a) Isolierte Betrachtungsweise der Mehrheitswahl im Wahlkreis.....	268
b) Einordnung der Wahlkreisentscheidung in den Kontext der Verhältniswahl	270
c) Zwischenergebnis: Geringe Relevanz der relativen Mehrheitsentscheidung im Wahlkreis.....	274
2. Überhangmandate als potentielle Folge des personalisierten Verhältniswahlsystems	275
a) Verhältnis der Überhangmandate zur Wahlgleichheit und zum Mehrheitsprinzip.....	276
b) Überhangmandate als zulässige Folge des personalisierten Verhältniswahlsystems	279
c) Bundesweite Verrechnung als erster Schritt zur Reduzierung von Proporzverzerrungen.....	281
d) Vollständiger Ausgleich als zweiter Schritt zur Vermeidung von Proporzverzerrungen	283
e) Ausgleichslose Überhangmandate trotz vollständigem Verhältnisausgleich	286
f) Zwischenergebnis: Unzulässigkeit ausgleichsloser Überhangmandate	289
3. Aktuelle Wahlreform als manifestiertes Paradoxon der Wahlkreisentscheidung.....	290
a) Keine Erfolgswertgleichheit hinsichtlich der personellen Auswahl	291
b) Formelle Erfolgschancengleichheit der Kandidaten.....	294
c) Theoretische Gefahr einer Umgehungsstrategie.....	297
d) Zwischenergebnis: Erfordernis der Zweitstimmendeckung als zulässiges Kriterium	299

4. Ergebnis: Personalisierte Verhältniswahl als wahlrechtlicher Zusatz.....	299
III. Reine Mehrheitswahl im Spannungsverhältnis zum Mehrheitsprinzip.....	299
1. Wirkungsweise der reinen Mehrheitswahl in Wahlkreisen.....	300
2. Bedeutung des Wahlkreises und das Erfordernis einer absoluten Mehrheit	301
3. Bedeutung der Parlamentszusammensetzung und die relative Mehrheit	305
4. Ergebnis: Mehrheitswahlrecht als Widerspruch zum Mehrheitsprinzip	311
IV. Fazit: Mehrheitsprinzip als maßgeblicher Grundsatz im Parlamentswahlrecht	311
D. Das Mehrheitsprinzip als maßgeblicher Wahlrechtsgrundsatz	312
I. Die Wahl als integrative Kollektivierung individueller Willensäußerungen	312
II. Die Integrationswirkung des Mehrheitsprinzips bei der Wahl monokratischer Ämter.....	315
III. Wirklichkeitsorientierte Optimierung des absoluten Mehrheitsprinzips	318
IV. Fazit: Optimierung der effektiven Umsetzung des Mehrheitswillens.....	322
E. Fazit: Mehrheitsprinzip als wahlrechtliches Optimierungsgebot.....	322
Teil 4: Das Mehrheitsprinzip in der Direktwahl kommunaler Hauptverwaltungsbeamter.....	325
A. Rechtfertigungsgründe für eine einstufige Mehrheitswahl.....	326
I. Legitimatorische Besonderheit der Direktwahl.....	326
1. Legitimatorische Besonderheiten der Direktwahl monokratischer Ämter	327
a) Abhängigkeit der demokratischen Legitimation vom Wahlkörper	327
b) Absolutes Mehrheitsprinzip als demokratischer Grundsatz	332
c) Zwischenergebnis: Direktwahl und absolute Mehrheit keine alternativen Bedingungen	334

2. Legitimatorische Besonderheiten der Direktwahl kommunaler Hauptverwaltungsbeamter.....	335
a) Die Wirkungsweise des Demokratieprinzips auf der kommunalen Ebene	335
b) Absolute Mehrheit als generelle Anforderung personeller Legitimation.....	337
c) Wirklichkeitsnahe Einordnung der Funktion kommunaler Hauptverwaltungsbeamter	340
d) Zwischenergebnis: Unerheblichkeit der Amtsfunktionen für das Mehrheitsquorum	343
3. Ergebnis: Prinzip der absoluten Mehrheit als Legitimationserfordernis.....	344
II. Praktische Besonderheit der Direktwahl hinsichtlich der Wahlbeteiligung.....	344
1. Geringe Wahlbeteiligung als Rechtfertigungsgrund.....	345
a) Historische Entwicklung der Regularien zur Teilnahmebereitschaft bei Wahlen	346
b) Beteiligung als verfassungsimmanente Voraussetzung des Mehrheitsprinzips	349
c) Wahlbeteiligung als gesetzgeberisches Kriterium.....	357
d) Zwischenergebnis: Irrelevanz der Wahlbeteiligung für die demokratische Legitimation	362
2. Absinkende Wahlbeteiligung als Rechtfertigungsgrund.....	362
a) Mögliche Gründe für die absinkende Wahlbeteiligung in nachfolgenden Wahlgängen	363
b) Geringere Zahl absoluter Stimmen im zweiten Wahlgang	365
c) Zumutbarkeit der Teilnahme als Rechtsgut der Allgemeinheit der Wahl	368
d) Zwischenergebnis: Allgemeinheit der Wahl als potentieller Rechtfertigungsgrund	372
3. Ergebnis: Zumutbarkeit der Teilnahmeobliegenheit als Abwägungskriterium	372
III. Funktionelle Besonderheit der Direktwahl hinsichtlich der Mehrheitsbildung	372
1. Die Bildung einer absoluten Mehrheit aus den individuellen Wählerpräferenzen	373
a) Der Kompromisszwang durch das Erfordernis einer absoluten Mehrheit bei Direktwahlen	374
b) Das potentielle Präferenzproblem bei Auswahlentscheidungen	376
c) Das scheinbare Intensitätsproblem des Mehrheitsprinzips.....	378

d) Das Mehrheitsprinzip als integrativer Prozess des Kompromisses.....	382
e) Zwischenergebnis: Die absolute Mehrheit als Integrationsmechanismus	383
2. Die Praktischen Hürden der Mehrheitsbildung in einer Direktwahl.....	384
a) Condorcet-Paradoxon als praktische Grenze jeder Mehrheitsbildung	384
b) Verfassungsrechtliche Relevanz des Verfahrens der Mehrheitsbildung	386
c) Fehlende Mehrheit als Herausforderung jeder Mehrheitswahl.....	389
d) Zwischenergebnis: Legitimation durch mehrstufiges Verfahren	394
3. Ergebnis: Einbringung nachrangiger Präferenzen als funktionelle Besonderheit.....	394
IV. Fazit: Mehrstufigkeit als Möglichkeit zur Einbringung nachrangiger Präferenzen.....	394
 B. Verfassungsrechtliche Beurteilung der mehrstufigen Wahlverfahren	 395
I. Die Klassiker der mehrstufigen Wahlverfahren.....	395
1. Stichwahl als typisierende Vorwegnahme eines Kompromisses	396
a) Verhinderung einer freien Mehrheitsbildung	396
b) Nichtbeteiligung infolge des Ausscheidens des eigenen Favoriten	398
c) Taktische Anreize durch eine Stichwahl.....	400
d) Zwischenergebnis: Stichwahlmehrheit als relative Mehrheit im materiellen Sinne	401
2. Weiterer Wahlgang mit relativer Mehrheit als Möglichkeit eines freiwilligen Kompromisses	402
a) Verständigung im parlamentarischen Wahlverfahren	402
b) Kompromiss- und Mehrheitsbildung in einer Direktwahl ...	403
c) Zwischenergebnis: Vielfältige Ergebnisse im zweiten Wahlgang durch relative Mehrheit	406
3. Ergebnis: Klassische Mehrstufigkeit als Annäherung an den Mehrheitswillen	406
II. Die Wahlverfahren der integrierten Mehrstufigkeit.....	406
1. Alternativstimme als unzureichende Integration eines zweiten Wahlganges	407
a) Alternativstimme als Ersatzmechanismus für eine gesetzliche Sperrklausel	407

b) Alternativstimme als Verkürzung der zweitstufigen Mehrheitswahl.....	411
c) Zwischenergebnis: Alternativstimme kein hinreichendes Surrogat für weiteren Wahlgang.....	414
2. Integrierte Stichwahl als mehrstufige Stichwahl	414
a) Theoretische Optimierung der Mehrheitsbildung durch eine integrierte Stichwahl.....	414
b) Gleichrangigkeit mit klassischen Wahlverfahren bei wirklichkeitsnaher Betrachtung	416
c) Zwischenergebnis: Erweiterung der Stichwahl ohne verfassungsrechtliche Optimierung	419
3. Ergebnis: Integrierte Mehrstufigkeit als alternative Mehrheitsbildung.....	419
III. Die Wahlverfahren der unechten Mehrstufigkeit.....	419
1. 40 %-Zustimmungsquorum im ersten Wahlgang als unzureichender Kompromiss	420
2. Zustimmungswahl als übermäßige Tendenz zur Konsensdemokratie	421
3. Ergebnis: Unechte Mehrstufigkeit als Verletzung des Optimierungsgebots.....	423
IV. Fazit: Wahlfreiheit zwischen klassischer und integrierter Mehrstufigkeit.....	423
<i>C. Fazit: Erfordernis einer echten Mehrstufigkeit des Wahlverfahrens.....</i>	424
 Teil 5: Schlussbetrachtung	425
<i>A. Resümee.....</i>	425
<i>B. Zusammenfassung in Thesen</i>	427
Literaturverzeichnis.....	431
Personen- und Sachverzeichnis.....	447